

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 29 (1988)
Heft: 21

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Bald werden in der georgischen Hauptstadt Tiflis sowohl das alte Stalindenkmal als auch ein neues Denkmal zum Gedenken an die Opfer Stalins stehen. Mit dem Bau eines solchen ist dort laut «Literaturnaja gaseta» (Moskau, 11. 9. 1988) begonnen worden.

Alexander Dubcek war ein Vorläufer der Perestrojka. Das hat schon mancher gesagt, aber erstmals sagte es nun auch ein offizieller Vertreter der UdSSR, nämlich Nikolaj Lunkow, der sowjetische Botschafter in Italien, und zwar anlässlich eines öffentlichen Vortrags in Florenz am 10. September. Er fügte bei, die Rehabilitierung Dubceks sei allerdings eine interne tschechoslowakische Angelegenheit. (AFP und AP, 11. 9. 1988)

Der sowjetische Vizeministerpräsident Wladimir Gusjew hat verfügt, dass den von Auflagebeschränkungen bedrohten Zeitungen und Zeitschriften mehr Papier zugeteilt wird («Iswestija», Moskau, 11. 9. 1988). Das ist ein Rückzieher. Man hatte unter Berufung auf angeblichen Papiermangel speziell den perestrojkafreundlichen Zeitschriften die normale Abonnementenerneuerung verweigert, was aber einen erheblichen öffentlichen Protest auslöste. Somit hat in diesem Fall der Druck von unten über eine Weisung von oben gesiegt.

Ähnlich wie in Estland ist auch in Lettland eine neue Volksfront gegründet worden («Sowjetskaja molodjosch», Riga, 13. 9. 1988). Sie verlangt im Rahmen der UdSSR eine «Souveränität» (gemeint ist eine reale Autonomie) für Lettland mit wirtschaftlicher Selbstbestimmung und einem Vetorecht gegen zentralsowjetische Beschlüsse, soweit diese Lettland betreffen. Den noch lebenden Verantwortlichen für die stalinistischen Deportationen sollen Auszeichnungen und Privilegien entzogen werden. Der Volksfront gehören auch Parteivertreter an.

Im litauischen Atomkraftwerk Ignalina ist es im letzten Vierteljahr zu drei Brandfällen gekommen; ausserdem sei es an einer «geologisch gefährlichen Stelle» situiert. Eine Gruppe von litauischen Umweltschützern hat aus diesen Gründen eine Inspektion durch die Wiener Atomenergiebehörde IAEO verlangt.

Enn Pyldroos, ein führendes Mitglied der (halbseparatistischen) Estnischen Volksfront, ist als Kandidierendes Mitglied ins ZK-Büro der Estnischen KP berufen worden, also in die Parteiführung dieser Sowjetrepublik.

Am 1. September wurde in Moskau der Lebensmittelladen für privilegierte Personen an der Granowskistrasse geschlossen. Die Meinung, dass die Perestrojka-Gegner in der Sowjetunion um ihre Privilegien bangen, ist allmählich nur noch bedingt richtig. Ein paar Funktionäre sehen sich bereits in der Lage, vergangenen Privilegien nachzutruern.

Ein sowjetischer Präzedenzfall in die polnische Richtung von 1980 (und wahrscheinlich 1988): In der mittell russischen Stadt Lipzsk sind Bus-Chauffeure (oder *die* Bus-Chauffeure?) aus der offiziellen Gewerkschaft ausgetreten und haben ihre eigene Gewerkschaft gegründet, um bisher missachtete soziale Anliegen durchzusetzen. Die neue Gewerkschaft trägt den Namen «Öffentliche Perestrojka-Initiative». Das hat die amtliche sowjetische Agentur Tass am 15. September berichtet, ohne Billigung oder Missbilligung auszudrücken. Das Ausbleiben einer verurteilenden Einbettung lässt jedoch darauf schliessen, dass die freie Gewerkschaft gestattet oder mindestens geduldet wird.

In der Breschnew-Ära hatten oppositionelle Arbeiter unter Wladimir Klebanow eine freie Gewerkschaft gegründet. Sie wurde als antisowjetische Organisation verfolgt; ihre

Mitglieder kamen zum Teil ins Lager oder in psychiatrische Anstalten, andere verloren Arbeitsplatz und Wohnung. Die Zeiten haben sich doch geändert.

«Wir brauchen (in der UdSSR) keine Streiks, wohl aber das Recht auf Streik.» So der Vorsitzende des sowjetischen Gewerkschaftsrates, Stepan Schalajew, in einem Interview für die finnische Presse (Reuter, 15. 9. 1988). Das Streikrecht werde wahrscheinlich im neuen Gewerkschaftsgesetz gewährleistet, das in Ausarbeitung begriffen sei.

Der Afghanistankrieg hat die Sowjetunion jährlich gut 5 Milliarden Rubel gekostet («Meschdunarnodnaja schisn»; Moskau, Nr. 7/1988). Demgegenüber hätten die USA den Widerstand jährlich mit knapp einer Milliarde Dollar jährlich unterstützt. Ebenso seien die sowjetischen Ausgaben für die Konflikte in Nicaragua, Kambodscha (Kampuchea), Äthiopien und Angola sechs- bis achtmal höher als die US-Ausgaben für die jeweilige Gegenseite. Der Beitrag in der Moskauer Monatszeitschrift ist von Alexej Isumow und Andrej Kortunow verfasst, die für «Neues Denken in der Politik» eintreten.

«Jahrelang wurde der Zustand unseres Gesundheitswesens nur nach quantitativen Massstäben gemessen: nach der Anzahl der Krankenhäuser und Polikliniken, der Ärzte, Spitalbetten usw. Jetzt wurde damit Schluss gemacht. Heute ist der Massstab der Gesundheitszustand der Bevölkerung.» («Prawda», deutschsprachige Ausgabe, Moskau, 30. 9. 1988)

«Ich bin alarmiert, dass sich wirklich Hitzköpfe finden, welche (*wie in einem früheren Leserbrief vorgeschlagen*) die Schuluniform abschaffen wollen. Unsere Kinder brauchen die Schuluniform. Sie begünstigt Disziplin und positives Verhalten, sie glättet die niedrigen Einkommen mancher Eltern und verbirgt das immer noch vorkommende Elend. Wenn es die relativ billige Schuluniform nicht gäbe, was sollten Eltern ihren Kindern anziehen, wenn das Einkommen pro Familienmitglied 60 Rubel (*Kaufkraft rund 150 Franken*) und weniger beträgt? (*Leserbrief an die «Prawda», 30. 9. 1988*)

Erstaunlich wirkt hier die Aussage, dass die Schuluniform «relativ billig» sei, war doch vor einigen Jahren beschlossen worden, sie gratis abzugeben. ■